

**DIE ARBEIT AM
SICHERHEITSMODELL 1995-1996**

**BERICHT DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN
AN DAS GIPFELTREFFEN VON LISSABON**

Lissabon, 29. November 1996

REF.S/82/96/Rev.1
30. November 1996

DEUTSCH
Original: ENGLISCH

ZWISCHENBERICHT ÜBER DIE ARBEIT AM SICHERHEITSMODELL 1995/1996

ZUSAMMENFASSUNG

Auf der Grundlage des auf dem Gipfeltreffen von Budapest 1994 erteilten Mandats haben die Teilnehmerstaaten der OSZE die Arbeit an einem gemeinsamen und umfassenden Sicherheitsmodell für Europa im einundzwanzigsten Jahrhundert aufgenommen. 1995 lag der Schwerpunkt der Arbeit auf Risiken und Herausforderungen im OSZE-Gebiet, und es wurden erste Elemente einer gemeinsamen Reaktion auf diese Risiken aufgezeigt. Es wurde eine breit angelegte Sondierung der Vorstellungen eingeleitet.

Durch die Beschlüsse des Ministerrats vom Dezember 1995 wurde die Arbeit in eine stärker praktisch orientierte Phase übergeführt. Ausgehend von der 1995 durchgeführten Erörterung allgemeiner Prinzipien wurden in Vorbereitung des Gipfeltreffens von Lissabon 1996 neue Richtlinien und ein konkreteres Folgeprogramm verabschiedet.

1996 wurde die Rolle internationaler Organisationen von der Konfliktverhütung über die Krisenbewältigung bis zur Normalisierung der Lage nach Konflikten analysiert. Es wurde die Notwendigkeit einer besseren Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen, die Entwicklung einer echten Kultur der Zusammenarbeit zwischen den im OSZE-Gebiet tätigen Organisationen und einer Verbesserung der operativen Fähigkeiten der OSZE hervorgehoben. Der Amtierende Vorsitzende legte in Eigenverantwortung eine aktualisierte Liste der Risiken und Herausforderungen vor, um die der Ministerrat 1995 ersucht hatte.

1. Das Mandat laut dem Gipfeltreffen von Budapest 1994

Auf dem Gipfeltreffen von Budapest vom 5. und 6. Dezember 1994 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der KSZE-Teilnehmerstaaten, in der KSZE eine breitangelegte und umfassende Diskussion über alle Aspekte der Sicherheit mit dem Ziel aufzunehmen, ein Konzept für die Sicherheit im einundzwanzigsten Jahrhundert auszuarbeiten und dabei der in den Teilnehmerstaaten zu diesem Thema stattfindenden Diskussion Rechnung zu tragen. Sie fügten hinzu, daß diese Diskussion das jedem einzelnen Teilnehmerstaaten innewohnende Recht, seine Sicherheitsvereinbarungen einschließlich von Bündnisverträgen frei zu wählen oder diese im Laufe ihrer Entwicklung zu verändern, nicht berühre. Die Staats- und Regierungschefs ersuchten den Amtierenden Vorsitzenden, dem nächsten Treffen des Ministerrats einen Zwischenbericht vorzulegen und die bis dahin zur Verfügung stehenden Ergebnisse dem nächsten Gipfeltreffen zu unterbreiten.(1)

2. Die Arbeit des Jahres 1995

Anfang 1995 sah sich der ungarische Vorsitz vor die schwierige Aufgabe gestellt, die Diskussion über das Sicherheitsmodell in Gang zu setzen, zu strukturieren und zu leiten. Ausgangspunkt der Diskussion war das Erste Treffen des Hohen Rates (31. März 1995). In der Folge wurde eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe auf Botschafterebene eingerichtet, die in der Regel zweimal wöchentlich zusammentrat. Es wurden einige Seminare zu dem Thema abgehalten,

(1) KSZE-Dokument von Budapest 1994, Beschlüsse von Budapest, Kapitel VII, Seite 21

eines davon am 17. und 18. Juli 1995 in Moskau und ein weiteres am 18. und 19. September 1995 in Wien. Beim Dritten Treffen des Hohen Rates (27. Oktober 1995) stand das Sicherheitsmodell erneut auf der Tagesordnung.

1995 bestand die Arbeit am Sicherheitsmodell hauptsächlich in einer Sondierung der Vorstellungen und der Festlegung der organisatorischen Modalitäten der Diskussion. In den ersten Diskussionen wurden die Parameter für die Arbeit behandelt, einschließlich der Prinzipien, auf denen sie beruhen sollte. Von Anfang an bestand weitgehend Konsens darüber, daß zu diesen Prinzipien das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE, der Begriff der unteilbaren Sicherheit, der Wunsch, einen gemeinsamen Raum der Sicherheit, Stabilität und Zusammenarbeit zu schaffen, sowie die Überzeugung zählen sollten, daß alle Teilnehmerstaaten aktiv an dieser Aufgabe teilnehmen sollen. Die Teilnehmerstaaten entwarfen ein Programm, demzufolge sich die Diskussion in der ersten Zeit auf die der gemeinsamen Sicherheit zugrundeliegenden Prinzipien, die verschiedenen Sicherheitsrisiken und -herausforderungen im OSZE-Gebiet und die geeigneten Instrumente und Ansätze zu deren Bewältigung konzentrieren sollte.

In der Anfangsphase der Arbeit kam man überein, die Diskussion in Form eines offenen Prozesses zu führen, der niemanden ausschließt, da ein zukünftiges Sicherheitsmodell nicht nur die OSZE betrifft, sondern auch die Tätigkeit anderer internationaler Organisationen, von Wissenschaftlern, Experten usw. einschließt. In dem Bemühen, die Diskussion in der OSZE über ein Sicherheitsmodell auf eine breitere Basis zu stellen, wurden Vertreter anderer internationaler Organisationen, NGOs, wissenschaftlicher und Forschungseinrichtungen eingeladen, Beiträge zu den Seminaren und anderen Beratungen über das Sicherheitsmodell zu leisten.

Schwerpunkt der Diskussion 1995 war die Ermittlung der Risiken und Herausforderungen im Sicherheitsbereich. Es wurde ein breites Spektrum von Risiken und Herausforderungen behandelt, allerdings eher in allgemeiner Hinsicht. Ein von Frankreich - Europäische Union vorgelegtes Arbeitspapier diente als Diskussionsgrundlage. Darin wurden politische, militärische, wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Faktoren der Instabilität herausgearbeitet und mehr als zwanzig Risiken und Herausforderungen aufgeführt. Die Diskussion führte zu der Erkenntnis, daß die jeweilige Auffassung von Sicherheit und Risiken vom geographischen Standort und vom Grad der Integration in Sicherheitsvereinbarungen abhängt. Mehrere Staaten äußerten den Wunsch, die Diskussion über die Risiken und Herausforderungen noch nicht abzuschließen, sondern für zukünftige Beratungen offenzulassen. Der ungarische Vorsitz unterbreitete dem Fünften Treffen des Ministerrats seine auf der Grundlage der Arbeitsunterlage der Europäischen Union und der Ergebnisse der Diskussion erstellte Liste der Risiken und Herausforderungen.(2)

Es bestand Einvernehmen darüber, daß wir sowohl bei der Arbeit am Sicherheitsmodell als auch als dessen Ziel die Zusammenarbeit mit und zwischen internationalen Organisationen verbessern sollten. Diese Bemühungen sollten zu einer engen Arbeitsbeziehung mit ihnen führen; ihre Sicht eines im Entstehen befindlichen Sicherheitsgefüges und der diesbezüglichen Rolle ihrer Organisation sollte in den Erörterungen ihren Niederschlag finden. Von mehreren Delegationen wurde hervorgehoben, daß die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen auf Transparenz, Information, Konsultation und Flexibilität sowie auf dem Grundsatz der jeweiligen

(2) Sicherheitsrisiken und -herausforderungen im OSZE-Gebiet
(REF.PC/418/95/Rev.2, 4. Dezember 1995)

Stärke der einzelnen Organisationen beruhen müsse, damit ein Sicherheitsnetz zum Nutzen und zur gegenseitigen Stärkung aller Beteiligten entstehen kann.

3. Beschluß des Fünften Treffens des Ministerrats 1995

Auf dem Fünften Treffen des Ministerrats vom 7. und 8. Dezember 1995 in Budapest nahmen die Außenminister Kenntnis vom Zwischenbericht des Amtierenden Vorsitzenden; sie beschlossen, die Arbeit am Sicherheitsmodell in eine stärker praktisch orientierte Phase überzuführen. Sie gaben auch neue Richtlinien für die Diskussion vor und legten in Vorbereitung des Gipfeltreffens von Lissabon 1996 ein weiteres Arbeitsprogramm fest. Der Ministerrat beauftragte den Amtierenden Vorsitzenden, eine gezielte Erörterung aller Aspekte eines Sicherheitsmodells zu verstärken. Die Minister beschlossen ferner, einen eigenen Sicherheitsmodell-Ausschuß unter der Ägide des Ständigen Rates einzurichten. Der Amtierende Vorsitzende wurde ersucht, die informelle Liste der Risiken und Herausforderungen auf dem neuesten Stand zu halten und dem Gipfeltreffen von Lissabon 1996 die bis dahin erzielten Fortschritte und zur Verfügung stehenden Ergebnisse zur Prüfung und Beurteilung vorzulegen. Es wurde ersucht, weitere Seminare im Zusammenhang mit der Arbeit an einem Sicherheitsmodell abzuhalten, und eine umfassend angelegte Diskussion über ein Sicherheitsmodell mit breitgestreuter Teilnahme von Regierungsvertretern, Vertretern nichtstaatlicher Organisationen und Wissenschaftler befürwortet. Der Anhang zum Beschluß über ein Sicherheitsmodell enthielt eine unvollständige Liste von Themen für die Erörterung über ein Sicherheitsmodell.(3)

4. Die Arbeit des Jahres 1996

In seiner Rede vom 11. Januar 1996 im Ständigen Rat betrachtete der Schweizer Amtierende Vorsitzende die Arbeit am Sicherheitsmodell unter dem Blickwinkel der Verbesserung der Sicherheitskooperation in Europa und der Vermeidung neuer Trennlinien in Europa. Er lud die Delegationen ein, ihre Vorstellungen und Vorschläge so rasch wie möglich einzubringen. Der Sicherheitsmodell-Ausschuß nahm am 19. Januar seine Tätigkeit auf und hielt 1996 18 Sitzungen ab.

Folgende Teilnehmerstaaten leisteten schriftliche Beiträge zur Arbeit des Sicherheitsmodell-Ausschusses: Aserbaidschan, Bulgarien, Deutschland, Estland, Frankreich, Georgien, Irland - Europäische Union, Italien - Europäische Union, Kanada, Kasachstan, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Malta, die Niederlande, Norwegen, Polen, Rumänien, die Russische Föderation, Schweden, die Schweiz, die Slowakische Republik, die Türkei, die Ukraine, Ungarn, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika.

In den ersten Sitzungen des Sicherheitsmodell-Ausschusses wurden Themen wie die Konfliktverhütung, einschließlich Frühwarnung und vorbeugender Diplomatie, die Krisenbewältigung und die Normalisierung der Lage nach Konflikten erörtert. Diese Diskussionen ergaben eine deutlichere Vorstellung von der Rolle und den Instrumenten der OSZE und anderer mit Krisensituationen befaßter Organisationen und ermöglichten das Aufzeigen von Ideen, wie der Beitrag der OSZE verbessert werden könnte. Es kamen auch die spezifischen Stärken der OSZE zur Sprache. Die Diskussion ist nicht abgeschlossen und soll über verschiedenste Fragen teils grundlegender, teils konkreter Art, die für die Sicherheit in Europa von Bedeutung sind, weitergeführt werden.

(3) Treffen des Ministerrats von Budapest, Beschluß über ein gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für Europa im einundzwanzigsten Jahrhundert: Ein neues Konzept für ein neues Jahrhundert, 7.-8. Dezember 1995, MC(5).DEC/2

Die Arbeit am Sicherheitsmodell erhielt auf dem Vierten Treffen des Hohen Rates in Prag (21. und 22. März 1996) weitere Impulse. Es herrschte weitgehend Übereinstimmung darüber, daß das Ergebnis der Arbeit am Sicherheitsmodell ebenso wie das Gipfeltreffen von Lissabon als solches vom gerade herrschenden breiteren politischen Umfeld abhängen werde. In Weiterführung aller früher von der OSZE eingegangenen Verpflichtungen könnte eine neue Plattform für kooperative Sicherheit in Erwägung gezogen werden, die sich der notwendigen Aufgabe annehmen könnte, die Sicherheit aller OSZE-Staaten in einem konstruktiven Klima einander verstärkender Institutionen zu festigen. Diese Plattform sollte zur Schaffung eines gemeinsamen, von Trennlinien freien Sicherheitsraumes in Europa beitragen und darüber hinaus das Entstehen einer echten Kultur der Zusammenarbeit fördern.

Auf dem Vierten Wirtschaftsforum in Prag (27. bis 29. März 1996) wurde analysiert, auf welche Weise wirtschaftliche Faktoren die Sicherheit und Stabilität beeinflussen. Es wurden zahlreiche soziale und wirtschaftliche Elemente vorgeschlagen, die unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheit haben. Zweck dieser Vorschläge war in erster Linie die Schaffung und Entwicklung eines klaren, vorhersehbaren und wirksamen rechtlichen Rahmens, einschließlich ordentlicher Gerichtsverfahren und unabhängiger Gerichte; die Erreichung ausgewogener wirtschaftlicher Strukturen, um das Entstehen eines unangemessen großen Wohlstands- und Einkommensgefälles innerhalb einer Gesellschaft zu verhindern; und die Gewährleistung eines sozialen Systems, in dem sich keine soziale Gruppe von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlt. Die Ergebnisse der Beratungen des Wirtschaftsforums wurden dem Sicherheitsmodell-Ausschuß in Wien unterbreitet.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE beschloß, die Diskussion über ein „gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für das einundzwanzigste Jahrhundert“ zum zentralen Thema der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung im Juli 1996 in Stockholm zu machen. Die Parlamentarische Versammlung hatte schon zuvor am Seminar über das Sicherheitsmodell in Wien teilgenommen und dem Ständigen Rat im Frühjahr 1996 ein breites Spektrum von Ideen und Empfehlungen vorgestellt.

Im Frühjahr und Sommer 1996 brachten mehrere Delegationen Vorschläge in Form inoffizieller Dokumente im Sicherheitsmodell-Ausschuß ein, die zu interessanten Diskussionen führten. Weitgehendes Einvernehmen bestand darüber, daß die Durchführung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen verbessert werden müsse. Es wurde festgestellt, daß konsequentes Festhalten an den OSZE-Werten von überragender Bedeutung für die Stabilität und die Sicherheit in der OSZE-Region ist. Es wurden Maßnahmen untersucht, wie die Durchführung verbessert und die Integrität der gemeinsamen Werte der OSZE gegen fortgesetzte und eklatante Verletzungen verteidigt werden kann.

Man war sich darin einig, daß das interinstitutionelle Zusammenwirken aller in der OSZE-Region tätigen Organisationen durch neue Prinzipien und Maßnahmen, die in der Diskussion erarbeitet werden könnten, verstärkt werden und eine neue Qualität erhalten solle. Es wurde jedoch betont, daß diese Zusammenarbeit nicht hierarchisch sein dürfe und auf dem Grundsatz der jeweiligen Stärken einer Organisation beruhen müsse, um die Autonomie anderer Organisationen nicht zu beeinträchtigen und bereits im Gange befindliche Bemühungen nicht zu duplizieren. Es wurde die Ansicht vertreten, daß eine Kultur der Zusammenarbeit entwickelt werden müsse, die dazu führt, daß verschiedene Organisationen einander ergänzen und sich gegenseitig in ihrem Wirken für Frieden und Sicherheit stärken. Es wurden Vorschläge für konkrete Maßnahmen wie systematischer Informationsaustausch, regelmäßige Konsultationen auf hoher Ebene und die Schaffung von Verbindungsmechanismen erörtert.

Die Teilnehmerstaaten waren sich ferner darin einig, daß die Ergebnisse der Diskussion über das Sicherheitsmodell ihren Niederschlag in der Weiterentwicklung der OSZE finden müssen. Die Diskussion sollte zu einer besseren Definition der Rolle und der Funktionen der OSZE selbst sowie innerhalb ihres Zusammenspiels mit anderen Organisationen beitragen. Es wurde die Notwendigkeit betont, die Rolle der OSZE im Netzwerk der Sicherheitskooperation zu klären, damit bestehende Instrumente besser genutzt und die operativen Fähigkeiten der OSZE verstärkt werden können.

Eine Sitzung des Sicherheitsmodell-Ausschusses (28. Juni 1996) war ausschließlich wissenschaftlichen Beiträgen zu der Erörterung gewidmet. Die betreffende Sitzung gab einer lebhaften Fragestunde zu einem breiten Spektrum von Fragen Raum, die für den breiten politischen Kontext der Sicherheitsmodell-Diskussion von Bedeutung sind.

Am 11. Oktober hielt der Sicherheitsmodell-Ausschuß im Rahmen einer Sondersitzung in Wien intensive Beratungen ab. Diese Sitzung kann als Ausgangspunkt des Verhandlungsprozesses über ein Sicherheitsmodell-Dokument von Lissabon und über ein anschließendes Arbeitsprogramm gelten. An der Sondersitzung nahmen Delegierte aus den Hauptstädten teil; es wirkten auch Teilnehmerstaaten aktiv mit, die sich an der bis dahin stattgefundenen Erörterung weniger aktiv beteiligt hatten. Die Diskussion war jedoch noch immer weitgehend allgemeiner Natur. Es wurde eine Vielfalt voneinander abweichender Meinungen vertreten, etwa über die Weiterentwicklung der Verpflichtungen, die Zweckmäßigkeit politisch oder rechtlich bindender Instrumente, mögliche Formen der nichthierarchischen Zusammenarbeit zwischen Organisationen, gemeinsames Vorgehen in Reaktion auf grobe Verstöße gegen Verpflichtungen und zu Fragen der OSZE als Institution. Man kam zu dem Schluß, daß das Dokument von Lissabon ein eigenes, kurzes Dokument in Form einer politischen Erklärung sein und sich nicht darauf beschränken sollte, auf vorhandene Prinzipien und Verpflichtungen hinzuweisen. Es sollte sich auf die Prinzipien der Sicherheitskooperation zwischen den Teilnehmerstaaten der OSZE und auf die Prinzipien einer nichthierarchischen Zusammenarbeit zwischen ineinandergreifenden und einander verstärkenden Institutionen konzentrieren. Es wurde auch festgestellt, daß die Diskussion nach Lissabon fortgesetzt werden sollte.

In den Wochen nach der Sondersitzung, insbesondere während des Überprüfungstreffens, ging die Diskussion auf der Grundlage einer Arbeitsunterlage des Vorsitzenden weiter, die Bausteine aus Vorschlägen und Erklärungen der Delegationen enthielt.⁽⁴⁾ Dieses inoffizielle Dokument führte zu vielen konkreten Kommentaren und ermöglichte eine weitere Klarstellung der Standpunkte der Teilnehmerstaaten. Die Vorstellung von einem Prinzip einander verstärkender Institutionen entwickelte sich dabei immer mehr zum Kern der Erklärung. Es fand auch eine Diskussion über Folgemaßnahmen statt. In der Folge brachte unter anderen Delegationen Irland - Europäische Union Unterlagen ein, die in Vorbereitung der Verhandlungen über Dokumente des Gipfeltreffens auf dem Vorbereitungstreffen von Lissabon die weitere Erörterung über das Konzept zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen einander verstärkenden Institutionen und eine eingehendere Erörterung über den möglichen Inhalt der ins Auge gefaßten politischen Erklärung zum Sicherheitsmodell ermöglichten.⁽⁵⁾

(4) *Food for thought. Some elements for possible inclusion in the Lisbon Declaration on the Security Model* (REF.S/16/96)

(5) *EU Platform for Cooperative Security* (REF.RM/182/96) und *EU Contribution to the Lisbon Declaration on Security in Europe* (REF.PC/742/96)

Die Kooperationspartner im Mittelmeerraum sowie Japan und die Republik Korea wurden in die Arbeit am Sicherheitsmodell eingebunden, was die enge Verbindung zwischen der Sicherheit in der OSZE-Region und in benachbarten Gebieten unterstreicht. Sie wurden zur Teilnahme an zwei Sitzungen des Sicherheitsmodell-Ausschusses eingeladen. Die Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum erörterte das Thema laufend, und am 1. und 2. Juli 1996 fand in Wien eine Sondersitzung der Kontaktgruppe zu dieser Frage statt. Diskutiert wurden unter anderem die Themen Terrorismus, Extremismus, Intoleranz und schwere Verletzungen der Menschenrechte sowie andere Fragen, die als erhebliche Risiken identifiziert wurden. Es wurde ein Dokument über die Erörterungen in der Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum erstellt. Nach Auffassung des Amtierenden Vorsitzenden besteht über den Inhalt dieses Dokuments weitgehend Übereinstimmung zwischen den Mitgliedern der Kontaktgruppe, einschließlich der fünf Kooperationspartner im Mittelmeerraum. Das Dokument ist diesem Bericht beigelegt.

5. Vorbereitungstreffen von Lissabon

Zwischen dem 25. und 29. November 1996 führten die Teilnehmerstaaten auf dem Vorbereitungstreffen für das Gipfeltreffen von Lissabon intensive Verhandlungen und Konsultationen in Vorbereitung der Dokumente, die den Staats- und Regierungschefs zur Annahme vorgelegt werden sollen. In dieser Zeit wurde klar, daß zu vielen der von den Delegationen im Zuge der bis dahin stattgefundenen Diskussion eingebrachten Vorstellungen kein Konsens zustande kam, so etwa der Gedanke, die OSZE durch die Schaffung eines beratenden Gremiums mit beschränktem Teilnehmerkreis oder die Entwicklung von Rechtsinstrumenten zu stärken. Wenn man die Arbeit am Sicherheitsmodell unter einem langfristigen Gesichtspunkt betrachtet, wäre es überlegenswert, auf diese Ideen in den kommenden Jahren näher einzugehen. Der Amtierende Vorsitzende hofft, daß die Verabschiedung einer Erklärung zum Sicherheitsmodell eines der wichtigsten Ergebnisse des Gipfeltreffens von Lissabon sein wird.

Anhänge:

- Sicherheitsrisiken und -herausforderungen im OSZE-Gebiet (Anhang 1, abgeänderte Fassung von REF.PC/418/95 Rev.2)
- Bericht des Vorsitzenden der Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum (Anhang 2, abgeänderte Fassung von REF.RM/76/96 Rev.1)

SICHERHEITSRISIKEN UND -HERAUSFORDERUNGEN IM OSZE-GEBIET

In diesem Dokument sind die Sicherheitsrisiken und -herausforderungen im OSZE-Gebiet zusammengefaßt, die im Verlauf der Diskussion über das Sicherheitsmodell von den Teilnehmerstaaten festgestellt und zur Sprache gebracht wurden. Auf der Grundlage des vom ungarischen Vorsitz am 1. Dezember 1995 vorgelegten inoffiziellen Dokuments (REF.PC/418/95/Rev. 2) wird nun eine aktualisierte informelle Liste vorgelegt, um die in dem am 8. Dezember 1995 auf dem Fünften Treffen des Ministerrats in Budapest verabschiedeten Beschluß über das Sicherheitsmodell ersucht wurde.

ALLGEMEINE ÜBERLEGUNGEN

Die Teilnehmerstaaten der OSZE haben gemeinsam erarbeitete und vereinbarte Wertvorstellungen, die die zwischenstaatlichen Beziehungen und die Beziehungen zwischen den Staaten und ihren Bürgern betreffen. Die Sicherheit in der OSZE-Region beruht auf der Achtung dieser Werte und der Prinzipien, Normen und Verpflichtungen, zu deren Einhaltung sich die Teilnehmerstaaten verpflichtet haben.

Fehlende Durchführung und Einhaltung und grobe Verletzungen dieser Prinzipien, Normen und Verpflichtungen zählen zu den größten Sicherheitsrisiken und -herausforderungen im OSZE-Gebiet.

Risiken und Herausforderungen gibt es in allen Bereichen des menschlichen Lebens. Die unterschiedlichsten Entwicklungen - in der politischen, militärischen und menschlichen Dimension, im wirtschaftlichen und sozialen Bereich und in Umweltfragen - können zu einem Sicherheitsrisiko werden. Viele von ihnen stehen miteinander in einer Wechselbeziehung, weshalb sich ein Risiko innerhalb einer Dimension auch auf die Lage in anderen Bereichen auswirken kann.

Von den meisten Risiken und Herausforderungen in der OSZE-Region sind auch angrenzende Gebiete betroffen. In dieses Dokument sind daher auch die Auffassungen der Kooperationspartner der OSZE eingeflossen, die bei verschiedenen Gelegenheiten zum Entstehen dieser Liste beigetragen haben.

Dieses Dokument konzentriert sich auf ursächliche Risiken und solche, die sich langfristig auswirken oder die Gefahr einer Beeinträchtigung des Friedens und der Sicherheit im OSZE-Gebiet in sich bergen. Es erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und führt keine abgeleiteten oder eher vorübergehenden Risiken an, die keine direkte Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit darstellen.

RISIKEN UND HERAUSFORDERUNGEN

1. Militärische Risiken

Obwohl die durch militärische Fähigkeiten bedingten Risiken drastisch zurückgegangen sind, sind einige von ihnen immer noch vorhanden. Fehlende demokratische Kontrolle der Streitkräfte, fehlendes Durchsetzungsvermögen von Regierungen gegenüber bewaffneten Gruppierungen und mangelnde Einhaltung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen

Aspekten der Sicherheit und des humanitären Völkerrechts durch die Streitkräfte bilden ein Bündel ursächlicher Risiken. Ein zweites ergibt sich aus der übermäßigen und unausgewogenen Aufrüstung auf regionaler und subregionaler Ebene.

- Unzureichende demokratische Kontrolle der Streitkräfte und mangelhafte Verteidigungsplanung
- Duldung von Kräften, die den verfassungsmäßigen staatlichen Behörden gegenüber nicht rechenschaftspflichtig oder nicht deren Kontrolle unterworfen sind
- Nichtbeachtung oder Umgehung von Rüstungskontrollverpflichtungen und unzureichende Reaktion auf Verletzungen dieser Verpflichtungen
- Renationalisierung der Verteidigung, die möglicherweise mit einem qualitativen Rüstungswettlauf einhergeht
- Übermäßige (sub)regionale Aufrüstung und Störung der bestehenden (sub)regionalen militärischen Gleichgewichte mit möglichen negativen Auswirkungen auf die Stabilität
- Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie illegaler Transfer von "dual-use"-Material und -Technologie und Transfer von Wissen und Sachkenntnis
- Nichteinhaltung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit und des humanitären Völkerrechts
- Unangemessener Einsatz von Gewalt bei der Durchführung von Aufgaben des innerstaatlichen Vollzugs
- Unverhältnismäßig große Konzentration von Streitkräften in Krisenregionen
- Ausländische Truppenpräsenz ohne Zustimmung der Regierung des Gastlandes

2. Politische Risiken

Politische Risiken entstehen im allgemeinen aus Hegemonieansprüchen, aggressivem Nationalismus und einer Neigung zur Anwendung von Gewalt zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten und im Inneren eines Staates. Diese Tendenzen werden durch schwache demokratische Institutionen und durch das Fehlen oder die noch ungenügend starke Ausprägung von Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit noch verstärkt. Wenn die internationale Gemeinschaft nicht rasch und entschlossen reagiert, werden diese Risiken noch größer.

- Verletzung der von den Staaten in der Charta der Vereinten Nationen und in völkerrechtlichen Verträgen und Übereinkommen eingegangenen Verpflichtungen
- Neigung zur innen- und außenpolitischen Problemlösung mittels Gewalt
- Gewaltsam betriebene Sezessionsbestrebungen als Gefahr für die territoriale Integrität von Staaten
- Bereitschaft zur Lösung von ethnisch/nationalistisch begründeten territorialen Konflikten und von Forderungen auf Selbstbestimmung mittels Gewalt
- Terroristische Handlungen und Praktiken
- Förderung von Sezessionsbestrebungen, die die Souveränität und die territoriale Integrität eines Staates untergraben, durch Unterstützung oder Anstiftung von außen
- Gefahr, daß nichtstaatliche Gruppierungen oder Bewegungen die Sicherheit von Staaten gefährden
- Versuche, Einflußsphären zu schaffen oder in einer Region die Vorherrschaft zu erlangen
- Einschüchterungsversuche gegenüber Staaten, um sie dahingehend zu beeinflussen, daß sie regionalen Sicherheitsvereinbarungen beitreten oder fernbleiben
- Schaffung neuer Gräben anstelle alter
- Mißtrauen und Blockdenken als Folge einer aus der Zeit des Kalten Krieges stammenden Mentalität

- Fehlen von Transparenz, gegenseitigem Vertrauen und Zusammenarbeit in Krisensituationen
- Unfähigkeit neuer demokratischer Strukturen, die verfassungsmäßige Ordnung durchzusetzen und die Bürger vor Diskriminierung und Einschüchterung durch bewaffnete Gruppierungen und verbrecherische Organisationen zu schützen
- Fehlen einer demokratischen Kultur als Voraussetzung für die friedliche Beilegung von Spannungen und Konflikten
- Brüchige Rechtsstaatlichkeit und unzureichende Strukturen für eine Zivilgesellschaft
- Mangelnde Entschlossenheit und fehlender politischer Wille der internationalen Gemeinschaft zur Verteidigung und Gewährleistung gemeinsamer Prinzipien
- Sicherheitsorganisationen, die sich nur langsam neuen Situationen anpassen

3. Risiken für die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte und die Zivilgesellschaft

Verletzungen diesbezüglicher Normen und Prinzipien sind nicht nur als solche verwerflich, sie führen auch zu Extremismus, verschärfen Spannungen und können innerstaatliche wie auch zwischenstaatliche Konflikte verursachen. Diese Risiken können Gewalt, *mit gewaltsamen Mitteln betriebenen* Sezessionismus, Massenemigration/-deportation und sogar ethnische Säuberungen nach sich ziehen. Sie können die Opfer dieser Gewalttaten dazu veranlassen, selbst zu Gewalt zu greifen.

- Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten
- Falsche Vorstellungen und Vorurteile religiöser und kultureller Natur
- Fehlende Transparenz in bezug auf die Vollzugsorgane und die staatliche Verwaltung in inneren Angelegenheiten
- Diskriminierung und Schikanen gegenüber Angehörigen *nationaler oder* ethnischer, kultureller, religiöser und sprachlicher Minderheiten
- Diskriminierung auf Grund des Geschlechts
- Mißachtung "freier und gerechter" demokratischer Wahlen und demokratischer Spielregeln (unter anderem Einschüchterung politischer Parteien und ihrer Führer, Wahlbetrug zum Zwecke der Mehrheitsbeschaffung, ungleicher Zugang verschiedener Parteien zu den Medien)
- Beschneidung der Pressefreiheit
- Einschränkung der Tätigkeit von Bürgerrechtsbewegungen und ihrer Vertreter
- Manipulationen in Menschenrechts- und Minderheitenfragen für politische Zwecke, etwa um den politischen Einfluß auszuweiten oder in einer Region die Vorherrschaft zu erlangen
- Politische Bewegungen, die sich des aggressiven Nationalismus, des Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit, des Chauvinismus, des Antisemitismus und anderer Formen von Intoleranz bedienen
- Verbindung verbrecherischer Elemente mit staatlichen Strukturen
- Korruption und organisiertes Verbrechen, insbesondere illegaler Waffen- und Drogenhandel und Geldwäsche

4. Wirtschaftliche Herausforderungen

Wirtschaftliche Schwierigkeiten können unversehens zu sozialen Spannungen und Massenunruhen führen, die ihrerseits wieder den Populismus und Nationalismus anfachen. Strafbare Handlungen im Wirtschaftsbereich erschüttern das Vertrauen der Bürger in den Staat und seine Organe und verleiten dazu, daß jeder zur Selbsthilfe greift. Die Ausübung von wirtschaftlichem Druck zu politischen Zwecken (wie etwa einseitige Embargos, Vorenthaltung von Mitteln, wirtschaftliche Diskriminierung bestimmter Gruppen oder Länder) kann zu Spannungen oder Krisensituationen führen.

- Wirtschaftliche Härten wie etwa sinkender Lebensstandard, wachsende Arbeitslosigkeit und hohe Inflation
- Unverhältnismäßig großes Wohlstands- und Einkommensgefälle innerhalb der Gesellschaft
- Unverhältnismäßig großes Wirtschaftsgefälle zwischen Ländern und Regionen
- Fehlen eines wirksamen und gerechten sozialen Sicherheitsnetzes
- Vernachlässigung der Sozialpolitik, durch die eine konsequente Durchführung wirtschaftlicher Reformen gefährdet werden könnte
- Langsames, inkonsequentes und unberechenbares Vorgehen beim wirtschaftlichen Reformprozeß
- Wirtschaftlicher Druck (etwa die Verweigerung der Versorgung mit Wasser und Energie, der Benützung von Verkehrswegen usw.) und Blockaden, die ein Staat zu politischen Zwecken einseitig gegen einen anderen verhängt

5. Soziale Risiken

Das Sozialgefüge hat sich seit der politischen Revolution von 1989/90 und im Verlauf des wirtschaftlichen Reformprozesses grundlegend gewandelt. Soziale Härten gefährden den Zusammenhalt der Gesellschaft. Dies stellt sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich das Netz der sozialen Solidarität auf eine harte Probe. Höhere Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt an Ausbildung und berufliche Qualifikation führen zu einer Zweiklassengesellschaft, in der sich große Gruppen sozial benachteiligt fühlen. Dies kann wiederum zu politischen Unruhen führen.

- Polarisierung und Zerfall der Gesellschaft
- Verarmung und Ausgrenzung einzelner, großer Gruppen und Gemeinschaften innerhalb einer Gesellschaft
- Unkontrollierte Migrationsbewegungen
- Härten für Flüchtlinge, Vertriebene und Staatenlose
- Unkontrolliertes Wachstum der Städte und fehlende Sozialstrukturen

6. Umweltgefahren

Umweltgefahren wirken sich ganz unmittelbar auf die Sicherheit von Menschen und Gesellschaften aus. Auf stark belastetem Boden gedeiht kein Getreide mehr. In verseuchten Gebieten können Menschen nicht mehr leben. Nach dem Zusammenbruch der Rüstungsindustrie müssen riesige Produktionsanlagen entsorgt werden. Kerntechnische Produktionsanlagen und Lagerstätten für Atommüll sind sehr anfällig und bergen Gefahren mit möglicherweise verheerenden Folgen.

- Riesige Gebiete, die nach Umweltkatastrophen radioaktiv oder chemisch verseucht sind
- Raubbau an den natürlichen Ressourcen
- Unsachgemäßer Umgang mit gefährlichen/giftigen Substanzen bei Abrüstungs- und Abbruchprozessen und Waffentests (sowohl bei konventionellen als auch bei nuklearen beziehungsweise chemischen Waffen)
- Ungenügende Sicherheitsstandards in der Industrieproduktion, insbesondere in Kernkraftwerken
- Mangelnde Schulung und fehlendes Risikobewußtsein im Umgang mit gefährlichen industriellen Produktionsprozessen
- Erosion und Bodenverseuchung durch zu intensive landwirtschaftliche Nutzung

BERICHT DES VORSITZENDEN DER KONTAKTGRUPPE
MIT DEN KOOPERATIONSPARTNERN IM MITTELMEERRAUM

BEITRAG ZUM SICHERHEITSMODELL(*)

I. Allgemeine Grundsätze

1. Die Sicherheit in Europa hängt eng mit der Sicherheit im gesamten Mittelmeerraum zusammen. Seit Helsinki hat die OSZE stets betont, wie wichtig ihr die Beziehung zu den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum für die Sicherheit und Zusammenarbeit in der aus Europa und dem Mittelmeerraum bestehenden Region ist. Aus dieser Wechselwirkung entstand - auf der Grundlage des umfassenden und kooperativen Sicherheitskonzepts der OSZE und der Unteilbarkeit dieser Sicherheit - ein wirkungsvoller, ständiger Dialog und eine tragfähige und dauerhafte Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum. Zu diesem Konzept gehören politische, militärische, wirtschaftliche und ökologische Fragen wie auch die menschliche Dimension mit den kulturellen Aspekten. Dieser Dialog sollte dazu beitragen, den europäischen und mediterranen Raum zu einer Region des Friedens, der Stabilität und der Partnerschaft zu machen; er könnte sich auch auf angrenzende Gebiete positiv auswirken.

2. Die Sicherheitskooperation zwischen der OSZE und den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum fußt auf einer Gemeinsamkeit der Werte und Prinzipien wie auch der Risiken und Herausforderungen. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, ein besseres Verständnis der OSZE-Normen und -Aktivitäten zu bewirken, eine gemeinsame Sichtweise und Auslegung von Sicherheit im europäischen und mediterranen Raum herzustellen und schließlich gemeinsame und kooperative Antworten auf die Risiken und Herausforderungen zu finden und auszuarbeiten, um dadurch Stabilität und Sicherheit zu stärken.

3. Die OSZE bekennt sich zu einer flexibel gestalteten Fortsetzung ihrer Partnerschaft und ihres Dialogs mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum, unter anderem dadurch, daß sie Mittel und Wege prüft, wie die Zusammenarbeit innerhalb der OSZE-Institutionen gestärkt werden kann. Dadurch sollte die bilaterale und die multilaterale Zusammenarbeit in anderen institutionalisierten Gremien wie etwa der Konferenz von Barcelona und ihren Folgeveranstaltungen ergänzt und gestärkt werden, wobei grundsätzlich deren jeweilige Stärken zu berücksichtigen sind. In diesem Zusammenhang sollte es zwischen der OSZE und den anderen einschlägigen Prozessen und Organisationen zu geregelten Kontakten und einem regelmäßigen Informationsaustausch kommen.

II. Vorrangige Bereiche

4. In den Bereichen, in denen die OSZE besondere Fachkompetenz erworben hat und ihre Mittelmeerpartner an ihren Erfahrungen teilhaben lassen kann, sind konkrete Maßnahmen zu

(*) Dieser Beitrag ist das Ergebnis der Diskussion über das Sicherheitsmodell in der Kontaktgruppe. Der Vorsitz hält fest, daß die Mitglieder der Kontaktgruppe einschließlich der Kooperationspartner im Mittelmeerraum diesen Beitrag inhaltlich weitgehend mittragen.

sondieren: die Entwicklung von VSBM, vorbeugende Diplomatie, Konfliktverhütung, Menschenrechte und andere Themen aus der Liste der Risiken und Herausforderungen im Anhang zu dem 1995 vom Ministerrat in Budapest gefaßten Beschluß über das Sicherheitsmodell, die für die Verhältnisse der Kooperationspartner im Mittelmeerraum von Bedeutung sind. In diesem Zusammenhang stoßen Fragen des Terrorismus, des sozialen und wirtschaftlichen Gefälles sowie falsche Vorstellungen in kultureller und religiöser Hinsicht auf großes Interesse.

III. Gemeinsame Antworten

5. Die Zusammenarbeit betreffend die politischen und militärischen Aspekte der Sicherheit sollte sich auf VSBM und Konfliktverhütung konzentrieren. Die OSZE wird bei der Entwicklung solcher Instrumente die Kooperationspartner im Mittelmeerraum an ihrer Fachkompetenz in diesen Bereichen teilhaben lassen und mit ihnen gegebenenfalls dabei zusammenarbeiten. Auf dem Gebiet der Konfliktverhütung sollte die OSZE einen Dialog aufnehmen und mit den regionalen Organisationen, denen die Kooperationspartner im Mittelmeerraum angehören - wie etwa der OAU und gegebenenfalls auch anderen Organisationen - Erfahrungen austauschen.

6. Im Hinblick auf die menschliche Dimension werden sich die OSZE und die Kooperationspartner im Mittelmeerraum im Bewußtsein des unterschiedlichen historischen, kulturellen und religiösen Hintergrunds der einzelnen Staaten und in Betonung der Universalität der Menschenrechte gemeinsam um die Stärkung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte bemühen. Den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum soll die Einrichtung nationaler Menschenrechtskommissionen nahegelegt werden, sofern solche nicht schon bestehen. Der Entwicklung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen, die Fehlinformationen, verzerrte Darstellungen und Mißverständnisse zwischen unterschiedlichen Kulturen und Religionen verhindern und das Verständnis füreinander und den freien Fluß von Ideen und Informationen zwischen Gebieten unterschiedlicher kultureller und religiöser Tradition gewährleisten sollen, wird besondere Aufmerksamkeit gelten. Die OSZE und die Kooperationspartner im Mittelmeerraum könnten einen Austausch zwischen den Akteuren einer Bürgergesellschaft, etwa durch Austauschprogramme zwischen Bildungsinstitutionen und den Medien, fördern und die Möglichkeiten zur Schaffung von Gremien für interkulturelle Kommunikation und interkulturellen Austausch zwischen Jugendlichen und den zuständigen NGOs sondieren. Das BDIMR sollte in enger Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum die Möglichkeit ins Auge fassen, in deren Ländern Seminare über den Aufbau demokratischer Institutionen zu veranstalten. Die Nachbereitung dieser Seminare sollte regelmäßig auf der Tagesordnung der Kontaktgruppe stehen.

7. Da der Terrorismus in all seinen Formen vor allem infolge seiner internationalen Verästelung alle Gesellschaften bedroht, stellt seine Bekämpfung die OSZE und die Kooperationspartner im Mittelmeerraum vor eine gemeinsame Aufgabe. Gemeinsam mit wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Gerechtigkeit sowie verstärkter Zusammenarbeit bei der Bekämpfung aller Formen des organisierten Verbrechens trägt auch eine Stärkung von Demokratie und Menschenrechten dazu bei, eine Gesellschaft weniger anfällig für Terrorismus zu machen. Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der religiösen Werte im eigentlichen Sinn ist zu fördern. Im einzelnen sollten die Teilnehmerstaaten der OSZE und die Kooperationspartner im Mittelmeerraum gemeinsam mit anderen einschlägigen Institutionen und Prozessen im Hinblick auf eine wirksamere Umsetzung der bestehenden einschlägigen internationalen Instrumente zusammenarbeiten.

8. Erörterungen der wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheit sowie sonstiger dazugehöriger wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Fragen sollten im Rahmen des Wirtschaftsforums und im Zusammenhang mit anderen einschlägigen Aktivitäten der OSZE zur wirtschaftlichen Dimension stattfinden. Die OSZE und die Kooperationspartner im Mittelmeerraum sollten sich in ihren Diskussionen auch auf Umweltfragen konzentrieren, mit Schwergewicht auf der Bekämpfung der Meeresverschmutzung und dem vertretbaren Gebrauch der natürlichen Ressourcen, einschließlich des Wassers.

IV. Folgemaßnahmen

9. Auf der Grundlage der oben festgelegten Prinzipien, Prioritäten und gemeinsamen Antworten wird der Kontaktgruppe empfohlen, ihre Tätigkeit in Zukunft auf konkrete Maßnahmen zu konzentrieren, die geeignet scheinen, die Sicherheit und Stabilität im europäischen und mediterranen Raum zu stärken. In diesem Zusammenhang könnte die OSZE eine verstärkte Einbeziehung der Kooperationspartner im Mittelmeerraum in die Arbeit am Sicherheitsmodell in Betracht ziehen.